

Der Verwaltungsbezirk Grafschaft vom Mittelalter bis 1974

Ottmar Prothmann

Die heutige Gemeinde Grafschaft wurde am 16. März 1974 gebildet. Der folgende Beitrag beschreibt die historischen Wurzeln der Region seit dem Mittelalter bis zu diesem Jahr (2024).

Grafschaft Neuenahr im Herzogtum Jülich-Berg

Seit dem Mittelalter gehörten die meisten Dörfer der heutigen Gemeinde Grafschaft zur Grafschaft Neuenahr, und diese war ein Teil des Herzogtums Jülich-Berg mit der Hauptstadt Düsseldorf.

In der Zeit von 1250 bis 1350 entstand in den niederrheinischen Territorien und, so auch in der Grafschaft Jülich-Berg, aus einer Ansammlung von gräflichen, vogteilichen, grund- und lehnsrechtlichen Rechten eine neue Form der Verwaltung. Die Herrschaftskomplexe, die nun immer stärker als Territorien empfunden wurden, erhielten eine Unterteilung in Ämter. In jedem dieser Bezirke vertrat jetzt ein Amtmann den Landesherrn.¹⁾ Auch die Grafschaft Neuenahr wurde nun als „Amt Neuenahr“ eingegliedert. Der Name „Grafschaft Neuenahr“ hielt sich aber noch lange, selbst in amtlichen Schriftstücken. Als Gebietsbezeichnung ist er bis heute gebräuchlich. Bei der Kommunalreform 1974 wurde er als Name für die aus der Verbandsgemeinde Ringen neu gebildeten Großgemeinde im Kerngebiet dieser alten Grafschaft übernommen.

Unter französischer Fremdherrschaft 1794 bis 1814

Mit Eroberung der Rheinlande durch französische Truppen im Jahre 1794 verschwand das Herzogtum Jülich von der politischen Landkarte wie all die anderen linksrheinischen Territorien. Die alten Strukturen wurden aufgehoben und vollständig neue Verwaltungseinheiten gebildet. Die hiesige Gegend kam zum Rhein-

und Mosel-Departement. Der Hauptort wurde Koblenz. Für die hiesigen Dörfer wurde Bonn Sitz des zuständigen Arrondissements und Remagen der Kantonsort. Zu ihm gehörten auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde Grafschaft die Mairien (Bürgermeistereien) Gelsdorf, Heimersheim und Ringen.

Neuordnung der Verwaltungsbezirke in der preußischen Zeit 1815

Nach der Rückeroberung des Rheinlands durch die verbündeten Mächte fiel das Rheinland durch den Wiener Kongress 1815 an Preußen. Im Bereich der Verwaltung änderte sich vorerst nicht viel, denn Preußen übernahm die Kommunalverfassung, die es 1815 vorgefunden hatte. Die hiesige Gegend kam zum neu geschaffenen Regierungsbezirk Koblenz. Am 13. November 1816 machte der Ahrweiler Landrat Franz Heinrich von Gruben der Königlichen Regierung in Koblenz den Vorschlag für einen zweckmäßigeren Zuschnitt. Der neuen Bürgermeisterei Gelsdorf sollten die Ortschaften aus der bisherigen Bürgermeisterei Gelsdorf zugeteilt werden und dazu Kalenborn aus der Bürgermeisterei Mayschoß, ferner Ringen, Beller, Bölingen, Lantershofen und Karweiler aus der Bürgermeisterei Ringen sowie Nierendorf, Niedernierendorf, Rischmühle, Bengen, Leimersdorf, Oeverich, Niederich, Birresdorf und Bentgerhof aus der Bürgermeisterei Heimersheim. Daraus ergebe sich eine Bevölkerungszahl von 3.712 Einwohnern. Die Königliche Regierung zu Koblenz entsprach seinem Vorschlag und führte 1818 eine Neuordnung durch.²⁾ Damit fasste die Bürgermeisterei Gelsdorf alle heute zur Gemeinde Grafschaft gehörenden Ortschaften und dazu noch die Gemeinde Kalenborn, die bei der Kommunalreform 1974 wieder herausgelöst und der Verbandsgemeinde Altenahr eingegliedert wurde. Die heutige Gemeinde

Grafschaft geht also in ihrem Zuschnitt auf Franz Heinrich von Gruben zurück, der vor seiner Berufung zum Landrat Bürgermeister in Gelsdorf gewesen war und dessen Familie das Schloss in Gelsdorf besaß.

Verlegung der Verwaltung nach Ringen 1863

Seit Bildung der Bürgermeisterei Gelsdorf war der Sitz der Verwaltung im Haus des jeweiligen Bürgermeisters. Dabei handelte es sich fast um einen Ein-Mann-Betrieb. Seit 1853 waren Wohnsitz und Amtlokal des Bürgermeisters im Gelsdorfer Schloss untergebracht. Das Schloss gehörte damals teilweise der Zivilgemeinde und teilweise der Kirchengemeinde Gelsdorf. Als 1863 die Zivilgemeinde die von Bürgermeister Johann Adam angemieteten Räume kündigte, damit dort ein dringend benötigter Vikar einziehen konnte, zog Adam nach Ringen in die Gastwirtschaft Wolff (Ahrtalstraße 12), wo eilfertig Kegelbahn und Pferdestall zu Wohnzwecken eingerichtet worden waren. Da-

mit verlor Gelsdorf, der wichtigste Ort der Grafschaft, für immer den Sitz des Bürgermeisters und erhielt ihn, trotz intensiver Bemühungen, nie mehr zurück.

Mit dieser Übersiedlung erfolgte eine Verlegung der Verwaltung in den Mittelpunkt der Bürgermeisterei. Wenn auch Gelsdorf der bedeutendste Ort der Bürgermeisterei war, so besaß er doch durch seine Randlage einen entscheidenden Nachteil, da wegen fehlender Verkehrsmittel alle Wege zu Fuß zurückgelegt werden mussten. Als man in den Jahren 1883 bis 1884 in Ringen auf dem Gelände des Schulgartens das heute noch stehende Bürgermeisterei-Gebäude errichtete, wurde dieses Dorf endgültig zum Hauptort der Bürgermeisterei erhoben. Der Name „Bürgermeisterei Gelsdorf“ blieb aber bis 1928 bestehen. Dann erfolgte die Umbenennung in „Amt Gelsdorf“, ab 1936 „Amt Ringen“ und ab 1968 „Verbandsgemeinde Ringen“. 1974 entstand aus elf kleinen Gemeinden die Großgemeinde Grafschaft. Kalenborn kam zur Verbandsgemeinde Altenahr.³⁾



Das Rathaus in Grafschaft-Ringen 1974



Arbeiter der Rodung bei Bölingen 1936

Der Bürgermeister leitete die Verwaltung und war zuständig für die Aufgaben der Polizei in seinem Bezirk. Jahrzehntlang war die Verwaltung fast nur ein Einmannbetrieb, denn der Bürgermeister hatte lediglich einen Sekretär für die Schreibearbeiten und einen Steuerempfänger zur Seite. Seit dem Revolutionsjahr 1848 ist ein Polizeidiener nachweisbar.⁴⁾ Mit wachsenden Aufgaben und Anstieg der Bevölkerung nahm das Personal zu.

Bemühungen von Ahrweiler und Neuenahr um Eingemeindung 1922, 1931 bis 1933

Erste Bemühungen um eine Eingemeindung von Grafschafter Dörfern in die noch getrennten Städte Ahrweiler und Neuenahr (ab 1927 Bad Neuenahr) setzten 1922 ein. Damals hatte Ahrweiler ein Auge auf die Gemeinde Lantershofen und den Ort Marienthal geworfen. Während Marienthal, das schon zur Hälfte zu

Ahrweiler gehörte, sich gewillt zeigte, ganz in die Stadt Ahrweiler überzugehen, lehnte Lantershofen „aus verschiedenen Gründen“ ab.⁵⁾

Ein Jahrzehnt später, in den Jahren 1931 bis 1933, liefen im Rheinland Bestrebungen, Amtsbezirke und Kreise zusammenzulegen, um die Kosten der Verwaltung zu senken. Ämter unter 7.000 Einwohnern sollten nur noch bei ganz besonderen Verhältnissen erhalten bleiben. Das Amt Ringen hatte 5.006 Einwohner und sollte deshalb aufgelöst werden. Im Kreis Ahrweiler bestimmte der Landrat den Neuenahrer Bürgermeister Peter Josef Schubach zum Kommissar für die Zusammenlegung. Dieser war bis 1916 Bürgermeister in Ringen gewesen. Er schlug vor, das Amt Ringen der Stadt Bad Neuenahr anzugliedern. Dies löste in der Bevölkerung der Grafschaft jedoch große Unruhe aus. Die Amtsvertretung sprach sich einmütig gegen einen Anschluss an Bad Neuenahr aus. Auch etliche Gemeinderäte fassten einstimmige Beschlüsse

für den Erhalt des Amtes Ringen. In Gelsdorf und Holzweiler fanden Bürgerversammlungen statt, in denen die Wogen der Entrüstung hochschlugen.⁶⁾

Von alledem erfuhr Bürgermeister Schubach und sah sich genötigt, in einem Leserbrief an die Ahrweiler Zeitung zu erklären, dass nach den gegebenen Richtlinien das Amt Ringen nicht weiter bestehen könne. Deshalb habe er sich für einen Anschluss an Bad Neuenahr ausgesprochen. Er verahre sich aber gegen die Unterstellung, persönliche Vorteile aus diesem Zusammenschluss zu haben. Eine Vereinigung mehre nur seine Arbeit und Sorgen, und daran fehle es ihm in seinem jetzigen Amt gewiss nicht.⁷⁾

Während in verschiedenen Gemeinden der Grafschaft die Erregung groß war, schien man in Birresdorf ganz gelassen geblieben zu sein, denn der Gemeinderat fasste keinen entsprechenden Beschluss. Dass aber auch hier das Thema heiß diskutiert wurde, zeigt ein Leserbrief, den ein namentlich nicht genannter Einwohner von Birresdorf an die Zeitung schrieb. Darin erklärte er, dass bei Aufteilung des Amtes Ringen, was ja bei der geringen Einwohnerzahl naheliege, verschiedene nördlich liegende Gemeinden einen Anschluss an die Ämter Mekenheim und Berkum forderten.⁸⁾ Daraus lässt sich schließen, dass manche in Birresdorf im Fall einer Auflösung den Anschluss an Berkum bevorzugten.

Hauptargument der übrigen Gemeinderäte und der Amtsvertretung gegen einen Zusammenschluss mit Bad Neuenahr war, dass Ringen rein landwirtschaftlich strukturiert sei und einen einheitlichen Wirtschaftsraum bilde. Die Kur- und Badestadt Neuenahr sei ganz anders geartet und vor allem auf Fremdenverkehr eingestellt. Beide Bereiche passten nicht zueinander.⁹⁾ Überlegt wurde auch, die an den Regierungsbezirk Köln angrenzenden Gemeinden der Grafschaft zum Landkreis Bonn zu ziehen,¹⁰⁾ wie in dem oben genannten Leserbrief bereits angedeutet wurde. Doch vorerst blieb alles beim Alten, denn am 22. Februar 1933 ließ Hermann Göring als kommissarischer Leiter des Ministeriums des Innern bekannt geben, dass die eingeleiteten Ämter-Neugliederungen im Rheinland und in Westfalen einzustellen

seien.¹¹⁾ Aufgeteilt wurde allerdings damals der Kreis Adenau auf die Kreise Ahrweiler und Mayen. Im Norden der Grafschaft wurde der Kreis Rheinbach mit dem Landkreis Bonn vereinigt.

Erneute Eingemeindungsbestrebungen von Bad Neuenahr 1946

Im Jahre 1946 bestanden erneut Bestrebungen, das Amt Ringen mit der Stadt Bad Neuenahr zu vereinigen. Hintergrund war eine allgemein vorgesehene Gebietsreform wegen der miserablen Finanzlage der Kommunen infolge des Krieges. Und wieder wehrten sich die politischen Gremien der Grafschaft energisch. Am 26. August 1946 fasste die Amtsvertretung einen einstimmigen Beschluss gegen die Zusammenlegung. Darin heißt es, das Amt Ringen stehe in finanzieller Hinsicht gut und teilweise sehr gut da. Das Amt Neuenahr stehe sich finanziell schlecht. Zudem sei die Grafschaft mit 5.450 Einwohnern durchaus allein lebensfähig.¹²⁾ Erzürnt waren die Mitglieder der Gemeinderäte auch darüber, wie der Gemeindevorsteher von Holzweiler schrieb, dass über ihre Köpfe entschieden werden sollte und das, nachdem man in der 12-jährigen Gewaltherrschaft sattsam diktatorische Maßnahmen kennengelernt habe. Er fügte noch hinzu: „Das Amt Ringen ist stets die frischmelkende Kuh des Kreises Ahrweiler gewesen und würde diese im Falle eines Zusammenschlusses völlig ausgemolken werden.“ Auch der Gemeinderat Eckendorf erhob mit seinem Beschluss vom 29. November 1946 schärfsten Protest gegen diese Bestrebungen. Groß war auch die Empörung bei der Sitzung des Gemeinderats von Bengen. Im Protokoll heißt es: „Sollte dies geschehen, so läuft der Bauer als 5. Rad im Wagen. Sodann kommt an erster Stelle der Kurgast, dann noch mal der Kurgast und an dritter Stelle erst kommt dann der Bauer. Nach dem Amte Ringen können die Bauern mit ihren werktägigen Arbeitskleidern hingehen, ohne dass sie schief angesehen werden, dagegen nach Bad Neuenahr müssen sie schon die Sonntagshose anziehen, um nicht als dreckiger Bauer an die Seite gedrückt zu werden.“ Der Gemeinderat von Birresdorf beschäftigte sich am 29. November 1946 mit dem Thema. Er lehnte einen

Anschluss an Neuenahr ebenfalls ab. Unter anderem heißt es im Protokoll: „Es erscheint dem Gemeinderat undenkbar, daß die heutige demokratische Verwaltung die Fehler der nazistischen Verwaltung nachmacht und Wasserköpfe von Verwaltungen schafft gegen den gesunden Menschenverstand und ohne Rücksicht auf die wohlbegründeten Interessen der Bevölkerung.“ Am 13. Dezember 1946 erklärte schließlich der Regierungspräsident, dass an den bestehenden Verhältnissen vorerst nichts geändert werden solle.¹³⁾

Pläne zur Schaffung größerer Verwaltungseinheiten ab 1969

Nachdem 1933 und 1946 die Eingemeindung der Grafschaft in die Stadt Bad Neuenahr gescheitert war, bestanden 1969 bei der Landesregierung Pläne, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen,¹⁴⁾ denn die kleinen Gemeinden konnten den neuen Anforderungen der Zeit nicht mehr gerecht werden. Anfang November wurde im Mainzer Innenministerium die Zielplanung zur territorialen Verwaltungsreform bekannt gegeben. Als Vorgabe für selbständige Gemeinden war eine Einwohnerzahl von mindestens 7.500 Einwohnern festgesetzt worden. Die damalige Verbandsgemeinde Ringen hatte aber nur etwa 6.700 Einwohner. Deshalb war beabsichtigt, Ringen mit Altenahr zusammenzulegen. Das stieß in der Grafschaft jedoch auf Ablehnung. Wenn man schon nicht selbständig bleiben konnte, dann wollte man nicht nach Altenahr, sondern gemeinsam zur Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler kommen. Die Städte Bad Neuenahr und Ahrweiler waren schon 1969 vereinigt worden.

Am 15. Mai 1970 schlossen die Verbandsgemeinde Ringen und die Stadt Bad Neuenahr einen Verschmelzungsvertrag, der mit dem Zeitpunkt der nächsten Kommunalwahl 1974 in Kraft treten sollte. Alle Gemeinderäte der Verbandsgemeinde hatten sich vorher notgedrungen mit diesem Zusammenschluss einverstanden erklärt. Birresdorf hatte sogar die Vereinigung schon für den 1. Januar 1971 gewünscht.¹⁵⁾

Im Juli 1970 wurden die Landesgesetze über die Verwaltungsvereinfachung verabschiedet. Für die Grafschaft blieb es vorerst bei der vor-

läufigen Selbständigkeit.¹⁶⁾ In den nächsten Jahren war die Kommunalreform das meistdiskutierte Thema auf der Grafschaft. Es gab heftige Diskussionen, stürmische Bürgerversammlungen, und in manchen Dörfern kochte die Volksseele hoch. Mal schien es zu einem Anschluss an Bad Neuenahr-Ahrweiler zu kommen, mal zu einer Aufteilung der Grafschaft und Zuteilung an die umliegenden Städte.

Der SPD-Kreisvorstand stellte Anfang Oktober 1970 fest: Die beste Lösung sei ein Anschluss des Kreises Ahrweiler nach Nordrhein-Westfalen. Es sei dem Land Rheinland-Pfalz in den 20 Jahren seines Bestehens nicht gelungen, der Bevölkerung ein „Landesbewußtsein“ zu geben und ihr ähnlich günstige Lebens- und Entwicklungsbedingungen zu bieten, wie die angrenzenden Bundesländer. Dazu komme, dass der Kreis Ahrweiler eindeutig in den nordrhein-westfälischen Großraum Bonn-Köln-Düsseldorf orientiert sei. Die Partei verwies auf die große Zahl der Pendler nach NRW und die zunehmende Anziehungskraft vor allem auf den Nachwuchs aus hiesiger Gemeinde. Die Zuordnung des Kreises zum Raum Bonn-Köln-Düsseldorf entspreche nicht nur den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch den kulturellen und geschichtlichen Gegebenheiten.¹⁷⁾

Bei der Abstimmung am 15. August 1973 entschied sich der Gemeinderat von Birresdorf mit vier von sieben Stimmen für den Anschluss an Bad Neuenahr-Ahrweiler. Zwei Ratsmitglieder wollten einen Anschluss an Remagen, und einer enthielt sich der Stimme.¹⁸⁾ Die Stadt Remagen hätte gern die Gemeinden Birresdorf, Leimersdorf und Nierendorf angegliedert.¹⁹⁾ So wie der Birresdorfer Rat ergaben sich auch fast alle anderen Gemeinden in das scheinbar Unvermeidliche und votierten für eine Fusion mit der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler. Dem folgte am 23. August 1973 auch die Verbandsgemeinde, um wenigstens eine Aufteilung der Gemeinden zu verhindern. Nur die drei Mitglieder der SPD beharrten auf Bildung einer Großgemeinde.²⁰⁾

Doch dann kam Katerstimmung auf. Noch einmal wurden die Gemeinden angehört. Neun Gemeinderäte sprachen sich nun für die Bildung einer verbandsfreien Gemeinde aus.²¹⁾ Am

8. November 1973 hob die Verbandsversammlung ihren Beschluss vom 23. August 1973 auf und sprach sich für eine verbandsfreie Gemeinde aus. Die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, die sich mit einer Übernahme der Grafschaft finanziell überfordert gefühlt hätte, führte ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Helmut Kohl und dem Innenminister Heinz Schwarz. Auch Vertreter der Verbandsgemeinde Ringen wurden dort vorstellig. Dabei erklärte Helmut Kohl, dass er von einem Zusammenschluss gegen den Willen der beiden Gebietskörperschaften nichts halte. Damit waren die Weichen gestellt.

Am 19. Dezember 1973 regelte der Landtag in Mainz durch Gesetz, dass aus der Verbandsgemeinde Ringen mit Wirkung vom 16. März 1974 die Einheitsgemeinde Grafschaft gebildet werden sollte. Der Ort Kalenborn schied aus und wurde der Verbandsgemeinde Altenahr angegliedert. Aus den übrigen elf Gemeinden wurden jetzt Ortsbezirke. Damit verloren die kleinen Gemeinden ihre Selbständigkeit. Die neu gebildeten Ortsbeiräte, die nun an die Stelle der alten Gemeinderäte traten, haben nur noch

beratende Funktion. Unstrittig war der Name der neuen Einheitsgemeinde. Man wählte den Namen „Grafschaft“, der auf die mittelalterliche „Grafschaft Neuenahr“ zurückgeht und sich als Gebietsbezeichnung für die Dörfer oberhalb von Neuenahr bis nach Meckenheim erhalten hat.

Eine weitere 2009 von der Landesregierung beabsichtigte Zusammenlegung von Gemeinden, zu der die FDP des Kreises vorschlug, einen Teil der Gemeinde Altenahr mit der Grafschaft zu vereinigen, stieß auf Widerspruch und wurde nicht weiter verfolgt.²²⁾

Abstimmung über den Anschluss an Nordrhein-Westfalen 1975

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsgliederung muss auch eine Abstimmung über den Anschluss an Nordrhein-Westfalen erwähnt werden. Die Bewohner des hiesigen Raumes sind seit der Römerzeit nach Norden ausgerichtet. Damals war Köln die Provinzhauptstadt. Vom Mittelalter bis um 1800 gehörte die Grafschaft zum Herzogtum Jülich-Berg mit der Landeshauptstadt Düsseldorf. Kirchlich zählten die



Bahnbau in Beller etwa 1918

Pfarreien zum Erzbistum Köln. Nach dem Untergang des Alten Reiches begann unter französischer Herrschaft um 1800 eine Ausrichtung der Verwaltung nach Süden, indem die hiesige Gegend zum Rhein-Mosel-Departement mit der Hauptstadt Koblenz kam. Das Bistum Köln wurde aufgehoben, die hiesigen Dörfer kamen zu Aachen, 20 Jahre später nach Trier. So blieb es kirchlich wie weltlich über alle Systemwechsel bis heute, nur dass die Landesregierung 1950 von Koblenz nach Mainz verlegt wurde. Die Gemarkungen Gelsdorf, Eckendorf, Leimersdorf, Birresdorf liegen heute unmittelbar an der Landesgrenze zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und an der Grenze zwischen den Bistümern Köln und Trier.

Auch im wirtschaftlichem und kulturellem Bereich ist diese Gegend nach Norden orientiert und wird von dort beeinflusst. Die hiesige „Landessprache“ ist die ripuarische Mundart, wie sie in Köln gesprochen wird. Das Karnevalsbrauchtum auf der Grafschaft orientiert sich nach dem Kölner Vorbild. In Bonn und Köln nimmt man auch das kulturelle Angebot wahr. Viele haben ihren Arbeitsplatz im Bonn-Kölner Raum, und zahlreiche Neubürger stammen von dort.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Wunsch der Bevölkerung stark, wegen der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Bonner Raum vereinigt zu werden. Außerdem sah man die britische Zone sich fortschrittlicher entwickeln. In diesem Sinne schrieb der Amtsbürgermeister am 22. November 1945: „Die Bevölkerung wünscht Anschluss an die Nachbarkreise Bonn-Land beziehungsweise Euskirchen, weil dort in der englischen Zone die Lebens- und Produktionsverhältnisse besser seien.“ Und am 19. September 1947 erklärte er: „Mein Amtsbezirk war seit Jahrhunderten wirtschaftlich nach den genannten Gebieten orientiert.“²³⁾

Bei dem Volksentscheid am 19. Januar 1975 stand aufgrund des knapp 20 Jahre zurückliegenden Volksbegehrens von 1956 die Entscheidung an, ob die Gesamtheit der beiden früheren Regierungs-Bezirke Koblenz und Trier beim Land Rheinland-Pfalz verbleiben oder dem Land Nordrhein-Westfalen zugeordnet werden sollte. Im Vorfeld des Bürgerentscheids betrieben die von der CDU geführte Landes-

regierung und die hiesigen Parteigliederungen eine massive Werbung für den Verbleib bei Rheinland-Pfalz, während die SPD Stimmung für einen Anschluss an Nordrhein-Westfalen machte. Als dann das Ergebnis der Wahl vom 19. Januar 1975 bekannt wurde, waren alle überrascht von der hohen Wahlbeteiligung, die im Kreis Ahrweiler bei 52,65 Prozent und auf der Grafschaft bei 61,58 Prozent lag. In der gesamten Grafschaft gaben 62,18 Prozent ihr Votum für einen Verbleib bei Rheinland-Pfalz ab, 37,82 Prozent wollten einen Anschluss an Nordrhein-Westfalen.²⁴⁾

Anmerkungen:

- 1) Wilhelm Janssen, Landesherrliche Verwaltung und landständische Vertretung in den niederrheinischen Territorien 1250 - 1350, Bonn 1971, S. 8 - 10.
- 2) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 1, Nr. 314; Albert Federle, Aus den Anfängen unserer Kreisverwaltung, in: Jahrbuch des Kreises Ahrweiler 1938, S. 36 - 40; Jakob Rausch, 150 Jahre Kreis Ahrweiler, in: Heimat-Jahrbuch für den Kreis Ahrweiler 1966, S. 22 f.
- 3) Ottmar Prothmann, Schloss Gelsdorf. Mittelpunkt der Gelsdorfer Ortsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Heimat-Jahrbuch Kreis Ahrweiler 1986, S. 14, 81 - 82; Ottmar Prothmann (Bearbeiter), Chronik der Bürgermeisterei Gelsdorf 1858 - 1940, Meinerzhagen 1988, S. 14, 30 - 32, 89.
- 4) Gemeindecarchiv Grafschaft, Akte 62/7.
- 5) Ahrweiler Zeitung, Nr. 95, 10.8.1922.
- 6) Gemeindecarchiv Grafschaft, Akte 107/14.
- 7) Ahrweiler Zeitung, Nr. 145, 3.12.1932.
- 8) Ahrweiler Zeitung, Nr. 76, 25.6.1932.
- 9) Gemeindecarchiv Grafschaft, Akte 107/14; Pfarrarchiv Leimersdorf (ungeordnet) Mappe „Zur Geschichte der Pfarrei“.
- 10) Stadtarchiv Bonn, Pr 10/588; Kreisarchiv Siegburg, Bestand Landkreis Bonn, Nr. 3402.
- 11) Stadtarchiv Bonn, Pr 10/588.
- 12) Gemeindecarchiv Grafschaft, Beschlussbuch der Amtsvertretung 1936 bis 1974, Beschluss vom 26.8.1946.
- 13) Gemeindecarchiv Grafschaft, Akte 107/14; Beschlussbuch des Gemeinderats Birresdorf 1908 - 1961; Gemeinde Grafschaft (Hrsg.), 10 Jahre Gemeinde Grafschaft, Hör-Grenzhausen [1984], S. 6.
- 14) Siehe zu diesem Kapitel auch Hans Josef Moeren, Die „Grafschaft“ - jetzt eine Gemeinde, in: Heimat-Jahrbuch für den Kreis Ahrweiler 1975, S. 19 - 24 und Lothar Schmitt in: Gemeinde Grafschaft (Hrsg.), 10 Jahre Gemeinde Grafschaft, Hör-Grenzhausen [1984], S. 7 - 9.
- 15) Rhein-Zeitung 19.5.1970 und 20.5.1970; Gemeindecarchiv Grafschaft, Beschlussbuch des Gemeinderats Birresdorf 1961 - 1974, S. 100 f.
- 16) Rhein-Zeitung 15.7.1970.
- 17) Rhein-Zeitung 6.10.1970.
- 18) Gemeindecarchiv Grafschaft, Beschlussbuch des Gemeinderats Birresdorf 1961 - 1974, S. 158; Bonner Rundschau 23.8.1973; Rhein-Zeitung 21.8.1973.
- 19) Gemeindecarchiv Grafschaft, Beschlussbuch des Gemeinderats Birresdorf 1961 - 1974, S. 164; Rhein-Zeitung 12.10.1973.
- 20) Rhein-Zeitung 27.8.1973.
- 21) Bonner Rundschau 8.11.1973.
- 22) General-Anzeiger 2.3.2009, Rhein-Zeitung Nr. 52, 3.3.2009, Nr. 61, 13.3.2009 und Nr. 67, 20.3.2009.
- 23) Gemeindecarchiv Grafschaft, Akte 27/8.
- 24) Bonner Rundschau 6.1.1975, 18.1.1975, 20.1.1975, 21.1.1975, General-Anzeiger 20.1.1975, Rhein-Zeitung 20.1.1975; Kreisarchiv Ahrweiler, Verwaltungsbericht Kreis Ahrweiler 1956, S. 19 - 21.